

Im Rahmen des Programms zur Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz plant der Bund eine Verbreiterung der Osttangente vom Schwarzwaldtunnel bis zum Gellertdreieck um 2 Spuren.

Dieser Ausbau wird mehrere Wohnquartiere im Bereich der Wohn- und Lebensqualität stark beeinträchtigen. Sind doch die angrenzenden Wohnquartiere heute schon durch die Osttangente stark belastet. Erschwinglicher Wohnraum wird dadurch weiter zerstört

Umstritten ist auch die Frage, ob der angesprochene Nationalstrassenabschnitt das Nadelöhr darstellt oder ob nicht viel mehr der Zoll und der Bereich St. Jakob die Stauherde sind.

Aus diesen Gründen ist der Ausbau in der heutigen geplanten Form abzulehnen.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsart folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die jetzige Führung der Osttangente eine Bausünde aus den frühen Siebzigerjahren darstellt?
2. Ist der Regierungsart auch der Meinung, dass der bestehende Lärmschutz entlang der Osttangente ungenügend und dringend einer wesentlichen Verbesserung bedarf?
3. Ist der Regierungsrat gewillt, sich für Varianten einzusetzen, bei deren Realisierung sich der Kanton finanziell beteiligen müsste?
4. Ist der Regierungsrat gewillt, sich für Massnahmen einzusetzen, welche der Osttangente Entlastung bringen würde? (Transitverkehr auf die A98 zwischen Weil und Rheinfelden)
5. Ist der Regierungsrat gewillt, sich für Varianten einzusetzen, bei welchen der Schwarzwaldtunnel südwärts bis zur Schwarzwaldbrücke oder bis zum Gellert verlängert wird?

Urs Schweizer